A2 EU-Kandidatenstatus für Bosnien-Herzegowina

Antragsteller*in: Andreas Meinicke, Sava Stomporowski, Sonja Schiffers, Holger Haugk

Tagesordnungspunkt: TOP 10 Antragsberatungen

Antragstext

Beim diesjährigen Westbalkan-Gipfel am 23.6.22 in Brüssel wurde u.a. Bosnien-Herzegowina der EU-Kandidatenstatus kurzfristig in Aussicht gestellt, wenn das Land zügig die Wahl- und Verfassungsreform in Angriff nimmt. Damit wurde bewusst von der bisherigen Reformprioritätenliste der EU zur Erreichung des Kandidatenstatus für Bosnien-Herzegowina abgewichen, um wie auch im Fall der Ukraine und Republik Moldau, für die der Kandidatenstatus beim letzten EU-Gipfel bereits beschlossen wurde, ein politisches Signal zu setzen. Damit soll neuer Schwung in den EU-Erweiterungsprozess für das Land kommen, was u.a. auch durch den Antrittsbesuch unserer Außenministerin in Sarajewo gleich zu Beginn ihrer Amtszeit sowie der Einsetzung von Manuel Sarrazin als Sonderbeauftragten der Bundesregierung für den Westbalkan bereits zum Ausdruck kam.

Insbesondere das völkisch-nationalistische Agieren einiger Politiker wie Milorad Dodik oder Dragan Covic ist darauf angelegt, den Staat Bosnien-Herzegowina als Heimat einer vielfältigen Bevölkerung zu zerstören. Eine zügige Verleihung des Kandidatenstatus für das Land könnte dem entgegenwirken. Auch vor dem Hintergrund, dass Teile der jungen Bevölkerung dem Land seit Jahren den Rücken kehren, 2021 alleine ca. 170.000 Bosnier*innen, scheint Eile geboten, um der jungen Bevölkerung in ihrer Heimat eine Perspektive zu bieten. Nur gemeinsam mit der Europäischen Union wird es möglich sein, die Lebensstandards im Land zu verbessern und Antworten auf dringende umweltpolitische und soziale Fragen zu finden.

Trotzdem sollte die Verleihung des Kandidatenstatus nicht bedingungslos erfolgen. Während die Bürger*innen von Bosnien-Herzegowina ein Zeichen der Hoffnung brauchen, käme eine bedingungslose Förderung des Beitrittsprozesses zu diesem Zeitpunkt einer Belohnung für die ethnonationalistischen Parteien an der Macht gleich, die diesen Schritt als Zeichen der Zustimmung der EU zu ihrer Politik verkaufen würden.

Wir fordern daher die Bundestagsfraktion auf, sich bei der Bundesregierung und der EU-Kommission dafür einzusetzen, Bosnien-Herzegowina den Kandidatenstatus zügig zu verleihen, wenn die dortigen Regierungsparteien folgende Bedingungen

erfüllen:

- die kurzfristige Rücknahme aller von Dodik vorgelegten sezessionistischen Gesetze
- die Verabschiedung erster Anti-Korruptionsgesetze sowie
- die Abhaltung freier und fairer Wahlen im Oktober einschließlich der Umsetzung der Wahlergebnisse

Darüber hinaus fordern wir die Bundestagsfraktion auf, sich bei der Bundesregierung und der EU-Kommission dafür einzusetzen, Bosnien-Herzegowina auch nach Verleihung des Kandidatenstatus sowohl bilateral als auch durch die EU die Unterstützung zukommen zu lassen, die das Land benötigt, um die von der EU eingeforderte Wahl- u. Verfassungsreform zügig umsetzen zu können.

Begründung

Die Aussicht auf Mitgliedschaft in der EU ist für die Staaten und Gesellschaften des Westbalkan immer noch treibender Reformanreiz. Aufgrund der sich gegenseitig, besonders in Bosnien-Herzegowina, blockierenden politischen Kräfte könnte ein Kandidatenstatus die Starre mglw. lösen und zu einem Motivationsschub für die Zusammenarbeit der einzelnen Volksgruppen führen. Mit der Zusage der Gewährung des Kandidatenstatus nach Erfüllung der o.g. Bedingungen würde die EU ein klares und nötiges Zeichen an die Bürger*innen von Bosnien-Herzegowina senden und gleichzeitig „den Ball in das Feld der herrschenden politischen Kräfte legen“, wie die grüne MdEP Tineke Strik in einem Artikel für den EU Observer schreibt (htttps://euobserver.com/opinion/155521). Und weiter: „Falls diese nicht liefern, wäre es dann Sache der Bürger*innen bei den Wahlen im Oktober darüber zu urteilen“. Bei der Unterstützung der Wahl- und Verfassungsreform sollten zusätzlich aktiv weitere politische Parteien sowie zivilgesellschaftliche Akteure mit einbezogen werden.

Die EU trägt eine Verantwortung für dieses Land, dem eine klare Beitrittsperspektive versprochen wurde, und das seit Ende des Krieges 1995 den labilen Zustand von ethnisch-nationalistischen Interessen und Korruption trotz Anstrengungen und finanzieller Unterstützungen nicht überwunden hat. Vielmehr werden neue Unruhen bzw. kriegerische Zusammenstöße befürchtet, besonders durch den Einfluss Russlands, das Dodik den Rücken stärkt und das Interesse nationalistischer Kräfte und korrupter Eliten. Seit Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine, welcher auch einen Angriff auf unsere freie, demokratische gesellschaftliche Ordnung darstellt, müssen insbesondere die nationalistischen Kräfte der Republika Srpska erkennen, dass sie einen zukunftsorientierten Weg in die EU blockieren und stattdessen einen Rückfall ins 19. Jahrhundert, ohne politische und wirtschaftliche Entwicklungsperspektive riskieren. Die kroatischen bzw. muslimischen sowie serbischen Eliten blockieren durch Korruption ihren ökonomischen Fortschritt und eine Entwicklung des Landes, halten sich sogar gegenseitig mit ihren politischen Gegnern die Stange, nur um an der Macht zu bleiben, während die jeweils einzelnen Bevölkerungsgruppen, die sie zu vertreten meinen, in Armut und Perspektivlosigkeit leben. Durch die Sanktionen gegen Russland sind jedoch große Herausforderungen, wie die Energiekrise und Abhängigkeiten vom Gas zu überwinden, die nur durch eine gemeinsame Anstrengung mit der EU zu meistern sind.

Die EU hat durch die Unterstützung des Landes auf dem Weg zum Kandidatenstatus ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen, wie sie es jetzt auch schon im Falle der Ukraine und Moldawien getan hat. Eine klare Beitrittsperspektive könnten Instabilität und Populismus im Land entgegenwirken und auch den Einfluss geostrategischer Akteure wie Russland und China mittelfristig reduzieren. Auch Bosnien ist ein vom Krieg stark zerstörtes und gezeichnetes Land. Eine zügige Kandidatenstatusverleihung könnte einen Motivationsschub für die Verwirklichung der nächsten Reformschritte bis zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen anstoßen und dem Gefühl vorbeugen, abermals im Stich gelassen worden zu sein.